

2. Entwurf April 2015

# **Manifest für ein zukunftsfähiges Deutschland**

**Auf dem Weg zur solidarischen, ökologisch-sozialen, marktwirtschaftlichen  
Gesellschaftsordnung ohne Wachstumszwang**

**Aufruf zur Gestaltung einer grundlegend neuen Politik, die uns aus der Sackgasse  
herausführen wird, in die wir seit über 40 Jahren immer tiefer hineingeführt wurden.**

**Wir wollen ein Ende**

- **der Zerstörung unserer Umwelt durch den Klimawandel und die Ausbeutung der Ressourcen,**
- **der maßlosen Spekulation an den Finanzmärkten und Börsen,**
- **des wirtschaftlichen Wachstums um jeden Preis,**
- **der permanenten Staatsverschuldung,**
- **der Spaltung unserer Gesellschaft in Reiche und Superreiche auf der einen Seite und prekär Beschäftigte und Erwerbslose auf der anderen Seite,**
- **der Ausbeutung der Menschen in den ehemaligen Kolonialländern, und**
- **wir wollen ein Ende der Unterstützung der imperialen Politik der Großmächte**

**Das Ziel ist eine solidarische zukunftsfähige Gesellschaft, in der alle Menschen  
in Würde leben können.**

Autor:  
Franz Groll  
Eichendorffstr. 4  
75391 Gechingen  
Tel.Nr. 07056 2391

Mit Unterstützung von Michael Ziege, Friedrich Naehring und Hermann Dörner aus Dresden

**Inhalt**

- Uns bleibt nicht viel Zeit
- Der Irrweg der letzten 40 Jahre
- In Etappen zum Ziel
  1. Wege zum Klimaschutz, zur effizienten Rohstoffnutzung und zu suffizientem Konsum
    - 1. Schritt: Keine Gratis-Zertifikate
    - 2 Schritt: Erwerb von EZ für alle Emissionen
    - 3. Schritt: Auszahlung der Versteigerungserlöse an die BürgerInnen
    - 4. Schritt: Separate Ausweisung der EZ-Kosten
    - 5. Schritt: Die Revolutionierung des Systems - Ausgabe der EZ an die KonsumentInnen
  2. Umriss zur Gestaltung der solidarischen Gesellschaft
    - 2.1 Die gerechte Entlohnung
    - 2.2 Angemessene Gewinne aus Unternehmen und Kapital
    - 2.3 Die Steuer- und Finanzpolitik der solidarischen Gesellschaft
    - 2.4 Die Demokratisierung der Unternehmen
    - 2.5 Die Sozialpolitik der solidarischen Gesellschaft
    - 2.6 Die Bildungspolitik der solidarischen Gesellschaft
  3. Die Europapolitik der solidarischen Gesellschaft
  4. Regionalisierung statt Globalisierung
  5. Die Außen- und Friedenspolitik
- Aufruf zur Unterstützung und Mitarbeit

## **Uns bleibt nicht viel Zeit**

### **Aufruf zur Formierung einer kraftvollen Bewegung**

Liebe LeserInnen

Bei einer Meinungsumfrage des EMNID-Instituts, die im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung durchgeführt wurde, haben 88 % der Befragten die Meinung vertreten, dass die drängendsten Probleme der Zukunft, nämlich die Begrenzung des Klimawandels und die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs mit der gegenwärtigen, vom Turbokapitalismus

bestimmten Wachstumspolitik, nicht gelöst werden können. Selbst die ausreichende Versorgung aller Menschen mit den erforderlichen Nahrungsmitteln und die Ermöglichung eines Lebens in Würde ist mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sehr stark von den Interessen der international agierenden Konzerne und von den mächtigen KapitalbesitzerInnen bestimmt ist, nicht zu erreichen. Trotz dieser Erkenntnis der überwältigenden Mehrheit der Menschen, ändert sich in der Politik nichts!

### **Insbesondere der drohende Klimakollaps erfordert einen schnellen, grundlegenden Wandel.**

Ein weiteres Damoklesschwert hängt über uns, nämlich der Abschluss der Verträge CETA, TTIP und TiSA. Diese Verträge sind undemokratisch, unsozial und unökologisch; sie schränken den Handlungsspielraum demokratisch gewählter Regierungen weiter ein. Notwendige gesellschaftliche Veränderungen, wie wir sie uns vorstellen, werden verhindert. Die Angst der BürgerInnen vor negativen Folgen von Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird dann weiter zunehmen, so dass eine grundlegende Veränderung erst dann möglich sein wird, wenn uns der Klimawandel dazu zwingt. Es besteht aber die ganz große Gefahr, dass dann die Veränderungen zu spät kommen, weil beim Klimawandel der befürchtete „Kipppunkt“ bereits überschritten ist und der Klimawandel nicht mehr beeinflusst werden kann.

Wir sehen daher die zwingende Notwendigkeit, dass sich die Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA nicht nur die Verhinderung dieser Verträge zum Ziel setzt, sondern in weiteren Etappen die Transformation zu einer solidarischen, zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstrebt.

Diese Bewegung wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie so stark wird, dass die etablierten Parteien befürchten müssen, massive Stimmenverluste zu erleiden, wenn sie keine zukunftsfähige Politik gestalten, sondern ihre Politik für die Konzerne, die Banken und KapitalbesitzerInnen fortsetzen. Durch Wahlverweigerung ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Wenn es die Situation erfordert, sollte auch die Gründung einer neuen Partei nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, eine Partei, die ganz gezielt und konsequent für diese solidarische, ökologisch-soziale, zukunftsfähige Politik einsteht.

**Der Weg zum Ziel ist lang und beschwerlich, lasst uns jetzt damit beginnen!**

## **Der Irrweg der letzten 40 Jahre**

Aus der sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit entwickelte sich langsam und zuerst fast unmerklich der neoliberale Kapitalismus, der sich nach dem Ende des realen Sozialismus zum Turbokapitalismus weiterentwickelte. Mit ihm sollten die Wachstumsraten und die Gewinne der Nachkriegszeit weiterhin erreicht werden und den Arbeitnehmern wurde suggeriert, dass damit auch für sie eine weitere Zunahme des Wohlstandes erreicht würde. Ein „nachhaltiges“ Wachstum von 3 % war das Ziel.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssten, so die Befürworter dieser Politik, die Steuern für die Unternehmen und die Kapitalbesitzer/innen reduziert werden, damit sie mehr Kapital für

Investitionen zur Verfügung hätten, die staatlichen Leistungen - insbesondere die Sozialleistungen – seien zu kürzen, die Macht der Gewerkschaften einzuschränken, die Märkte sollten globalisiert und liberalisiert und die Beschränkungen der Finanzmärkte aufgehoben werden, damit das Kapital von den Marktkräften in solche Investitionen gelenkt wird, wo die höchsten Gewinne erzielt werden. Denn, so wurde suggeriert, mit diesen Investitionen würde auch die höchste Wertschöpfung erreicht, wodurch das wirtschaftliche Wachstum weiter angefacht und es allen Menschen besser gehen würde. Außerdem sollten möglichst alle staatlichen Einrichtungen privatisiert werden. Mit diesen Maßnahmen sollte auch die Staatsverschuldung, die durch falsch angewandte Vorschläge von Keynes schon einige Jahre angestiegen war, wieder beendet werden!

Nach mehr als 30 jähriger Erfolglosigkeit hätte man eigentlich merken müssen, dass diese Versprechungen nicht eintreffen, im Gegenteil, diese Politik führt uns in eine verheerende Sackgasse.

- Die Verbreitung des neoliberalen Turbo-Kapitalismus und der Wirtschafts- und Konsumweise der Industriestaaten in die ganze Welt führt uns in die größte Krise, vor der die Menschheit je stand: Wir Menschen zerstören durch den exorbitanten Verbrauch der natürlichen Ressourcen und mit dem von uns Menschen verursachten Klimawandel die Bewohnbarkeit der Erde.
- Die Politiker/innen haben der Spekulation durch die völlige Liberalisierung der Finanzmärkte Tür und Tor geöffnet und die Aufsicht der Finanzinstitute bewusst reduziert. Die Folgen kennen wir: Weltfinanzkrise, Weltwirtschaftskrise, Staatsverschuldungs- (Euro-)Krise.
- Das neoliberale Denken hat die Solidarität zwischen den Menschen negativ beeinflusst. Es hat die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich dramatisch gefördert. Das Verhältnis vom Durchschnittslohn zu den Spitzeneinkommen ist innerhalb von 25 Jahren von 1:20 auf 1:300 angestiegen.
- Trotz der enormen Steigerung der Produktionsmengen konnte die Armut und das Elend in weiten Teilen der Welt nicht behoben werden, noch immer leiden mehr als 800 Millionen Menschen an Hunger. Und selbst in den Industriestaaten, auch in Deutschland, steigen die Anzahl der Menschen in prekärer Beschäftigung und die Altersarmut, und mehr als 3 Millionen sind immer noch arbeitslos.
- Diese Politik hat auch die Solidarität zwischen den Generationen zerstört. Staatsverschuldung wurde in der Zeit der sozialen Marktwirtschaft noch als Ausnahmesituation gewertet. Seit den 80er Jahren gilt es als selbstverständlich, dass die Kosten für staatliche Investitionen mit Krediten finanziert werden, damit sich so auch die zukünftigen Nutznießer der Investition bei der Finanzierung beteiligen müssen.
- Sie hat die Wirtschaft kurzfristig werden lassen und destabilisiert. Konzernmanager/innen achten zu wenig auf eine solide, langfristige Unternehmensstrategie, sondern auf die kurzfristige Gewinnmaximierung, auch um schnell hohe Boni zu kassieren.
- Die Politiker/innen wurden mehr und mehr zu Handlangern der Wirtschaft und der Kapitalbesitzer/innen. Sie haben die Steuern für Gewinne, Vermögen, Veräußerungen, Börsenumsätze, Erbschaften und Kapitaleinkommen stark reduziert oder ganz abgeschafft. Den WählerInnen wurde eingeredet, dass dadurch die Unternehmen und die Kapitalbesitzer/innen in die Lage versetzt werden, mehr zu investieren, was zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen führen sollte. Das Gegenteil trat ein, die Nettoinvestitionen brachen nach der großen Steuerreform vom Jahr 2000 von 7 % des

BIP auf 2,5 % ein und waren seit dem nie mehr höher als 3,4 %. Die Steuergeschenke wurden nicht in der Realwirtschaft investiert, sondern gingen zu spekulativen Zwecken in die internationalen Finanzmärkte. Die rot/grüne Steuerreform war ein riesiger Flop.

- Zusätzlich wurden durch die „Hartz-Gesetze“ die Sozialleistungen gekürzt und die Arbeitnehmerschutzgesetze gelockert, was für viele Menschen zu prekären Lebensverhältnissen und zu realen Lohnsenkungen im unteren Einkommensbereich führte. Durch die vergleichsweise niedrigen Lohnkosten wurde der Export begünstigt und es sank die Inlandsnachfrage. Dadurch entstand eine unausgewogene Handelsbilanz mit wachsender Arbeitslosigkeit und Schuldenlast der Länder mit Handelsbilanzdefiziten.
- Damit die Neuverschuldung die Investitionen nicht übersteigt, werden staatliche Einrichtungen und Betriebe veräußert. Die Politiker/innen betreiben einen weitgehenden Ausverkauf der Gemeingüter, zur Bereicherung der Kapitalbesitzenden. Dazu dienen auch die ÖPP-Projekte (ÖPP=Öffentlich-Private-Partnerschaft), mit denen öffentliche Einrichtungen aller Art nicht von staatlichen Stellen mit Steuermitteln finanziert werden, sondern von privaten Investoren, die sich mit diesen Projekten für Jahrzehnte staatlich garantierte Gewinne sichern. Dies ist eine Methode der verdeckten Staatsverschuldung.
- Die neoklassisch/neoliberale Ideologie hat die ganze Welt in die kapitalistische Denk- und Wirtschaftsweise mit selbstzerstörerischem Wachstumszwang verführt, denn die Unternehmen brauchten neue, wachsende Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte, damit die Gewinne weiter stiegen.

Auswüchse dieses Wachstumswahns führen dazu, dass allen Ernstes geplant ist, die Rohstoffversorgung auch mit militärischen Mitteln zu sichern. Wollen wir wirklich Kriege führen, damit wir es sind, die die letzten verfügbaren Ressourcen noch verbrauchen können? Und was folgt danach? Es wird allerhöchste Zeit, dass der Homo sapiens wieder über den Homo oeconomicus die Oberhand gewinnt! Auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen haben alle Menschen, die heute lebenden und alle zukünftigen Generationen, dasselbe Anrecht. Deshalb ist es ein Verstoß gegen die Menschlichkeit und im religiösen Sinne eine Todsünde, wenn die Ressourcen, so wie heute, verschwendet werden und der Klimawandel nicht gestoppt wird.

Aus sozialen und ökologischen Gründen ist ein grundlegender Wandel unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dringend erforderlich. Dieser Wandel sollte in Stufen erfolgen, um unübersehbare Krisen und damit verbundenes Leid zu vermeiden.

Es sind vor allem 4 ganz große Veränderungen erforderlich:

1. Der Ressourcenverbrauch muss um den Faktor 5 und der Ausstoß klimaschädlicher Gase von heute 11,7 t CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Person und Jahr bis 2050 auf 2 t reduziert werden.
2. Die Gesellschaftsordnung muss so verändert werden, dass alle Menschen in allen Lebenssituationen ein ausreichendes Einkommen haben, auch dann, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst, oder vielleicht sogar aus ökologischen Gründen schrumpfen muss.
3. Die Wirtschaftsordnung muss so verändert werden, dass auch ohne Wachstum keine Krisen entstehen.
4. Die Europa- und Außenpolitik muss zu einer Politik der Partnerschaft, der Gerechtigkeit und des Friedens mit allen Völkern verändert werden. Die Politik der imperialen Hegemonie muss überwunden werden.

Für diese grundlegende Transformation wollen wir uns auf den Weg machen und bitten um eine breite Unterstützung und Mitarbeit.

## In Etappen zum Ziel

### 1. Wege zum Klimaschutz, zu einer effizienten Rohstoffnutzung und einem suffizienten Konsum

Die zukünftige Knappheit der Rohstoffe und der von uns Menschen verursachte Klimawandel erfordern eine grundlegende Veränderung unserer Produktions- und Konsumweise. Die Frage ist jedoch: Wie erreichen wir diesen Wandel unseres Konsumverhaltens und unserer Wirtschaftsweise? Mit Appellen werden wir das Ziel nicht erreichen. Reiner Klingholz schreibt in seinem Buch „Sklaven des Wachstums“ auf Seite 90: *Es ist geradezu absurd, die Welt über Appelle verbessern zu wollen.*

Wir wissen heute noch nicht, mit welchen technologischen Veränderungen die erforderlichen Effizienzsteigerungen erreichbar sind, deshalb können wir sie auch nicht mit planwirtschaftlichen Methoden vorgeben, und wir können nicht vorschreiben, was jeder konsumieren darf.

Das Klimaschutzziel wird wohl nur dann erreichbar sein, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Die Möglichkeit zur effektiven Beschränkung des Treibhausgas-Ausstoßes ist unabdingbar.
2. Bei allen Produkten und Dienstleistungen muss erkennbar sein, welche Menge an Treibhausgasen bei der Herstellung entstanden sind und wie viele bei ihrer Nutzung entstehen, damit alle Produzenten und alle KonsumentInnen mit ihrer ganzen Kreativität ihren Beitrag zur Lösung des Problems leisten können.
3. Die Ökologisierung unserer Wirtschaft gibt es nicht zum Nulltarif. Es ist damit zu rechnen, dass die Lebenshaltungskosten steigen werden, was die Menschen mit geringen Einkommen erheblich belasten wird. Die Konzeption muss deshalb auch eine soziale Komponente beinhalten.

Innerhalb der EU wurde das Emissionshandelssystem eingeführt, um das Klimaschutzziel zu erreichen.

Das bisher praktizierte System hat aber sechs gravierende Nachteile:

1. Es erfasst nur etwa 45 % des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, andere Treibhausgase werden gar nicht erfasst.
2. Es ist für die zwangsläufig entstehenden Preissteigerungen kein sozialer Ausgleich vorgesehen.
3. Das System bietet keine Möglichkeit der Preistransparenz; es ist dem Produktpreis nicht anzusehen, wie hoch der Zertifikate-Kostenanteil ist.

4. Die Zertifikate sind unbegrenzt gültig, das bedeutet, dass sie auch zu Spekulationszwecken missbraucht werden können.
5. Das System kann eine angebotsreduzierende Wirkung verursachen; Angebotsreduzierungen führen zu Preissteigerungen und Extraprofiten.
6. Der größte Fehler des Systems ist die Belohnung von Emissionsreduzierungen mit „Extra-Gratis“-Zertifikaten. Damit kann mit diesem System bestenfalls eine Erhöhung der Emissionen verhindert werden, eine Reduzierung ist aber nicht möglich.

Es wird vorgeschlagen, dieses System in allen EU-Mitgliedsstaaten schrittweise so zu verändern, dass das unabdingbare Klimaschutzziel von jährlich äquivalent 2 t CO<sub>2</sub>/Person bis zum Jahr 2050 erreicht werden kann. Die Administration des Systems soll in der Verantwortung jedes Landes liegen.

## Die ersten Veränderungen in 4 Schritten

### 1. grundlegende Veränderung

Als erste und sehr wichtige Maßnahme müssen alle Kompensationsmöglichkeiten und die Ausgabe von Extra-Gratis-Zertifikaten für die Reduzierung von Emissionen abgeschafft werden. Es ist völlig abwegig, die Reduzierung von Emissionen zu belohnen. Auch die kostenlose Ausgabe von Zertifikaten ist einzustellen. Es müssen in Zukunft für alle Emissionen Zertifikate erworben werden, die einzige „Belohnung“ für Emissionsreduzierungen besteht darin, dass weniger Zertifikate gekauft werden müssen.

Im **2. Schritt** wird das System auf die Erfassung aller Treibhausgase ausgeweitet. Die dafür erforderlichen Daten sind größtenteils schon vorhanden, sie müssen nur angewandt werden. Damit das System möglichst einfach bleibt, müssen Unternehmen, die fossile Rohstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas den Lagerstätten entnehmen oder importieren, die dafür erforderlichen Emissionszertifikate (EZ) erwerben. Gleiches gilt für Produktionsprozesse bei denen Treibhausgase entstehen, wie z.B. bei der Herstellung von Salpetersäure, Nylon und in der Landwirtschaft, bei denen Klimagase wie Lachgas und Methan emittiert werden. Die Menge der zu erwerbenden Zertifikate ergibt sich aus der zu Kohlendioxid äquivalenten Klimawirkung. Die Preise der Produkte beinhalten dann die Kosten für den Erwerb der Zertifikate. Die Menge an erwerbenden EZ wird in jedem Land so reduziert, dass bis zum Jahr 2050 der geforderte Zielwert von äquivalent 2 t CO<sub>2</sub>/Person und Jahr erreicht wird. Für Deutschland bedeutet das eine Reduzierung von über 5 %/Jahr, wenn das System im Jahr 2015 eingeführt würde.

Der Vorschlag sieht vor, dass die verfügbaren EZ ab dem 2. Jahr der Einführung dieser Veränderung versteigert werden, damit ist gewährleistet, dass die Reduzierungen dort vorgenommen werden, wo es gesamtwirtschaftlich am günstigsten ist. Einen Handel mit Zertifikaten soll es nicht mehr geben, und auch die Möglichkeiten zur Erlangung von „Gutschriften“ von Zertifikaten werden eingestellt.

Die erforderliche Reduzierung des Treibhausgasausstoßes ist eine sehr große Herausforderung, vor allem deshalb, weil sie jetzt in sehr kurzer Zeit erfolgen muss, und wir müssen uns im Klaren sein, dass dieses Ziel nicht zum Nulltarif erreichbar ist. Die Versteigerung der EZ führt zu Preissteigerungen, sie erfordert daher einen sozialen Ausgleich für KonsumentInnen mit geringen Einkommen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, dass in einem **3. Schritt** die Einnahmen aus der Versteigerung der EZ an alle Bürger/Innen in gleicher Höhe ausbezahlt werden. Dadurch erhalten alle, die mit ihrem Konsum eine unterdurchschnittliche Menge an Treibhausgasen verursachen, einen Bonus.

Damit das Reduktionsziel erreicht werden kann, ist es zwingend erforderlich, dass alle Unternehmen und alle KonsumentInnen, bei jedem Produkt und bei jeder Dienstleistung sehen, wie viel Treibhausgase bei ihrer Bereitstellung entstanden sind, bzw. wie hoch der EZ-Kostenanteil am Gesamtpreis ist. Deshalb beinhaltet der Vorschlag, dass in einem **4. Schritt** die Unternehmen verpflichtet werden, den Kostenanteil für den Erwerb der EZ beim Verkaufspreis eines jeden Produktes oder einer Dienstleistung separat auszuweisen, so wie auch die MwSt. separat ausgewiesen wird. Für die Unternehmen, die keine EZ kaufen müssen, ist der EZ-Kostenanteil ein durchlaufender Posten.

Damit die Unternehmen gegenüber ausländischen Herstellern, die vielleicht geringere oder gar keine EZ-Kosten haben, nicht benachteiligt werden, werden bei der Ein- und Ausfuhr von Waren die EZ-Ausgaben, ebenso wie die MwSt., bei der Ausfuhr erstattet und bei der Einfuhr in der Höhe erhoben, wie sie bei der Inlandsproduktion des Produktes angefallen wären. Dadurch haben alle Unternehmen die gleichen Chancen.

Diese 4 Verbesserungen des EU-Emissionszertifikatesystems werden folgende Auswirkungen haben:

1. Dadurch, dass der Ausstoß aller Treibhausgase erfasst wird und für alle Treibhausgase EZ ersteigert werden müssen, ist es möglich, die Reduzierung auf 2 t CO<sub>2</sub>- äquivalent pro Person und Jahr zu erreichen, ohne dass zusätzliche Vorschriften erlassen werden.
2. Durch die Rücküberweisung der Einnahmen aus der Versteigerung der EZ werden Menschen mit geringem Einkommen und unterdurchschnittlichem Konsum nicht belastet, sondern entlastet.
3. Durch die Kosten-Transparenz ist es möglich, dass alle für sich frei entscheiden können, wie sie ihren Ausstoß an Treibhausgasen reduzieren wollen.
4. Auch für die Unternehmen ist diese Kostentransparenz von großer Bedeutung, dadurch ersehen sie, mit welchen Maßnahmen sie den EZ-Kostenanteil am günstigsten reduzieren können.
5. Da bei der Verarbeitung von Rohstoffen und beim Gütertransport Treibhausgase entstehen, hat diese neue Konzeption des Emissionszertifikatesystems eine umfassende Wirkung:
  - Es werden immer weniger Rohstoffen verbraucht werden.
  - Die Verkehrsbelastung und der Flächenverbrauch wird zurückgehen,
  - Es werden reparierbare Produkte auf den Markt kommen
  - Es werden neue Arbeitsplätze entstehen und
  - Die biologische Landwirtschaft wird sich durchsetzen, da sie ohne Kunstdünger wirtschaftet, weit weniger Lachgas produziert und durch die Humusanreicherung Kohlenstoff aus der Atmosphäre im Boden bindet und deshalb sehr viel weniger EZ ersteigern muss.

Das Problem der angebotsreduzierenden und möglicherweise preissteigernden Wirkung ist damit jedoch noch nicht gelöst. Dieser Effekt wird dann auftreten, wenn mehr Treibhausgas verursachende Produkte nachgefragt werden, als EZ zur Verfügung stehen.

### **Die Revolutionierung des Systems**

Wenn sich diese Situation der Angebotsreduzierung abzeichnet, dann muss das System in einem **5. Schritt** revolutioniert werden, in dem die EZ nicht mehr von den Unternehmen ersteigert werden müssen, sondern sie werden dann an alle KonsumentInnen in gleicher Höhe kostenlos ausgegeben und die Unternehmen müssen die bei ihrer Produktion erforderlichen EZ an die Behörde abgeben, die bis dahin die EZ ausgab. Damit die Unternehmen dazu in der Lage sind, müssen sie beim Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen nicht nur Euro in Rechnung stellen, sondern auch die für die Herstellung der Produkte erforderlichen EZ. Alle beim gesamten Herstellungsprozess erforderlichen EZ werden von den KonsumentInnen mit den ihnen zugeteilten EZ „bezahlt“.

Die Emissionszertifikate haben dann die Funktion einer parallelen Währung. Da die Ausgabe dieser „Währung“ ebenfalls von Jahr zu Jahr reduziert wird, kann damit der Ausstoß der Treibhausgase ebenso reduziert werden, nur mit dem Unterschied, dass es keine angebotsreduzierende und dadurch preissteigernde Wirkung hat, sondern eher eine Nachfrage reduzierende und dadurch eher preis-stabilisierende Wirkung.

KonsumentInnen, die weniger EZ benötigen als sie erhalten, können die überschüssigen EZ an diejenigen verkaufen, die für ihren Konsum mehr EZ benötigen, als sie zugeteilt bekommen. Für Menschen mit geringem EZ-Bedarf hat dieses System die Wirkung eines bescheidenen bedingungslosen Grundeinkommens.

### **Auswirkungen der Systemänderung**

Die zuvor geschilderten Vorteile werden mit diesem 5. Schritt noch verstärkt werden. Es ist sogar zu erwarten, dass sich dadurch ganz neue gesellschaftliche Praktiken durchsetzen werden, wie z.B. eine Praxis des Austauschens und Teilens und es wird sich eine Mentalität der Genügsamkeit (Suffizienz) ausbreiten. Es ist zu erwarten, dass die Gesellschaft wesentlich menschlicher wird, als dies heute der Fall ist.

Mit dieser Systemänderung wird die Selbstkontrolle über die Nachhaltigkeit der Innovationen verstärkt und es ist damit zu rechnen, dass ein ganz neues Wettbewerbsdenken entsteht. Da die Menge an verfügbaren EZ von Jahr zu Jahr immer weniger wird, können nur noch dann Gewinne erwirtschaftet werden, wenn Produkte mit extrem geringem Ausstoß von Treibhausgasen angeboten werden. **Dadurch wird der menschliche Ehrgeiz für besondere Leistungen von der wachstumstreibenden Gewinnsteigerung zur Erzielung der Zukunftsfähigkeit umgeleitet.**

Es ist zu erwarten, dass mit der Einführung dieser Verbesserungen zunächst die wirtschaftliche Aktivität angeregt wird, da die Unternehmen bestrebt sein werden, durch zusätzliche Investitionen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Durch die unvermeidbare stetige Abnahme der Menge an EZ ist jedoch zu erwarten, dass es im weiteren Verlauf zu einer konjunkturellen Beruhigung kommt und dass es sogar zu einer Abnahme der wirtschaftlichen Aktivität führt.

Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt muss unser heutiges, auf Wachstum angewiesenes, neoliberal-kapitalistisches Wirtschaftssystem schrittweise in ein solidarisches Gesellschaftssystem hineinwachsen, das auch ohne Wachstum stabil ist und in dem alle Menschen ein Einkommen haben, mit dem man in Würde leben kann. Die Vorschläge hierzu werden in den Abschnitten 2 und 3 dargestellt.

### **Noch eine Bemerkung**

Die Ausgabe der Emissionszertifikate sei eine Inwertsetzung und damit ein Verkauf der Natur, was abzulehnen sei – so wird gelegentlich argumentiert. Das ist aber ganz falsch. Die Natur wird mit diesem veränderten System nicht verkauft, sondern die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen wird schrittweise und ganz systematisch eingeschränkt. Ohne ein solches einschränkendes System wird die Atmosphäre grenzenlos überlastet, was zum Klimawandel führt. Außerdem erhalten mit diesem System nur die Unterprivilegierten und die Umweltbewussten einen Bonus! Unternehmensgewinne können damit nicht erzeugt werden.

Die Vorschläge und Maßnahmen, die im Kapitel 1 gemacht wurden, können ohne Veränderung der jetzigen Wirtschaftsordnung verwirklicht werden. Die einzelnen Schritte sollten ohne Zeitverlust in Angriff genommen werden, um die gestellten Klimaziele erreichen zu können.

## **2. Umriss zur Gestaltung der solidarischen Gesellschaft**

Die Fehlentwicklung von der sozialen Marktwirtschaft zu einem neoliberalen Turbokapitalismus führt zu einer weltweiten Herausforderung. Auf der Tagesordnung steht nun der schrittweise Übergang zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft im Rahmen einer solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als eine Hoffnung gebende Perspektive. Damit erscheint die reale Möglichkeit einer historischen Gesellschaftsformation in unserem Blickfeld, die den weltweiten humanitären Anforderungen gerecht werden kann.

Im Zentrum der solidarischen Gesellschaft stehen:

- die Frage der gerechten Verteilung der gemeinsam erwirtschafteten Werte der gesamten Gesellschaft und
- die Möglichkeit der Teilhabe aller Mitglieder am gesellschaftlichen Leben.

Dies ist nicht nur eine Funktion der gerechten Entlohnung für die geleistete Arbeit, es ist auch abhängig von der Verteilung der erwirtschafteten Gewinne und der Einkommen aus Kapitalbesitz, sowie der sozialen Leistungen der Gemeinschaft.

Die Qualität einer Gesellschaft kann man aber auch daran erkennen, wie demokratisch sie alle Mitglieder in die Entscheidungsfindung über die Zukunft des Landes einbezieht und wie sie mit ihren älteren Menschen, mit den Benachteiligten, mit den Kranken und den Menschen mit Behinderungen umgeht und wie sie ihre Kinder auf das soziale Leben vorbereiten und ob sie allen Kindern die bestmögliche Ausbildung zuteilwerden lässt, unabhängig vom sozialen Status und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

In diesem Abschnitt werden 6 Themenbereiche behandelt:

1. Die gerechte Entlohnung
2. Angemessene Gewinne aus Unternehmen und Kapital
3. Die Steuer- und Finanzpolitik der solidarischen Gesellschaft
4. Die Demokratisierung der Unternehmen
5. Die Sozialpolitik der solidarischen Gesellschaft
6. Die Bildungspolitik der solidarischen Gesellschaft

## 2.1 Die gerechte Entlohnung

Die wichtigste Voraussetzung für eine krisenfeste Marktwirtschaft ist eine von allen Menschen akzeptierte und unterstützte gerechte Gesellschafts- und Sozialpolitik, in der die gemeinsam erzeugten Güter und Dienstleistungen gerecht verteilt werden. Dazu ist es wichtig, dass eine **gerechte Entlohnung** für alle erbrachten Arbeitsleistungen erreicht wird. Unter **Entlohnung** ist nicht nur der Lohn für abhängig Beschäftigte zu verstehen, sondern das Arbeitseinkommen aller Erwerbstätigen vom Lohn der Hilfskraft bis zum Gehalt und den Sondervergütungen des Konzerndirektors, den Einkommen der selbständig Tätigen, den Unternehmer/innen, die ihren eigenen Betrieb führen, öffentlich Bediensteten, Politiker/innen und aller Menschen die im Sport, in der Kunst und in den Medien tätig sind. Heute ist die Höhe der Entlohnung in erster Linie eine Machtfrage, die Macht der Unternehmen einer Branche gegenüber den Gewerkschaften, aber auch eine Frage der Beziehungen, z.B. des Geschäftsführers eines Konzerns mit dem Aufsichtsrat. Die Spreizung der Einkommen vergrößerte sich vor allem in den letzten 2 Jahrzehnten immer mehr. Während die Spitzengehälter stark anstiegen, erhalten immer mehr Menschen prekäre Einkommen, die nicht zum Leben ausreichen. Das muss dringend geändert werden, denn von Arbeit muss man leben können, auch dann, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst!

Damit dieses Ziel erreicht wird, schlage wir vor, dass ein **Solidaritätsrat** gewählt wird, für den die gesellschaftlichen Organisationen Kandidatinnen und Kandidaten nominieren können – Gewerkschaften, Unternehmensverbände, Innungsvertreter/innen, Sozialverbände, Arbeitslosenverbände, Eltern- und Familienvertreter/innen, Wissenschaftler/innen usw. Die Zusammensetzung des Solidaritätsrats wird in einer Wahl von allen Wahlberechtigten bestimmt.

Aufgabe dieses Rates ist es zunächst einen Rahmenvorschlag für eine zukünftige, bundesweit gültige **Entlohnungsordnung** auszuarbeiten.

Ohne dem Ergebnis der Arbeit dieses Rates vorgreifen zu wollen, halte wir 2 Eckpunkte für besonders wichtig:

1. Die maximale Entlohnung sollte etwa das 10-fache des bundesweiten Durchschnittslohns nicht übersteigen und
2. Der Mindestlohn sollte nicht niedriger als 60 % des Durchschnittslohnes sein.

Der Solidaritätsrat wird bei dieser Aufgabe die Methoden der Arbeitsplatzbewertung anwenden und die Erfahrungen und Kenntnisse aus den Tarifvereinbarungen nutzen, um zu einem konsensfähigen Vorschlag zu kommen.

Nach einer gründlichen öffentlichen Diskussion der Ergebnisse des Solidaritätsrates, muss von der Bundesregierung ein Gesetz über die Stufen und Grenzen der Entlohnung

ausgearbeitet werden, das zuerst im Parlament diskutiert wird, um es dann in einer Volksabstimmung zur Annahme vorzulegen.

**Das wichtigste Ergebnis, das durch diesen Prozess entsteht, ist die Wertschätzung der Leistungen aller Erwerbstätigen und die daraus abgeleitete gerechte Entlohnung aller Mitglieder der Gesellschaft.**

## **2.2 Angemessene Gewinne aus Unternehmen und Kapital**

Da die Verteilung der gemeinsam erarbeiteten Wertschöpfung auch durch die erwirtschafteten Gewinne aus Kapital und wirtschaftlicher Aktivität erfolgt, wird der **Solidaritätsrat** in einem weiteren Schritt die **Grenzen für die als gerecht empfundenen Zinsen und Gewinne** und ihre Verwendung erarbeiten. Hier muss ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden, denn spätestens dann, wenn es kein Wachstum mehr geben wird, müssen auch diese Erlöse konstant bleiben, oder im Fall einer wirtschaftlichen Schrumpfung sogar zurückgehen.

**Die „Deckelung“ der Einnahmen aus Kapital** ist nicht nur zur Sicherung der sozialen Balance der Gesellschaft unerlässlich, sie ist auch erforderlich, um den Zwang zu wirtschaftlichem Wachstum, der durch die Kapitalakkumulation entsteht, zu vermeiden. Außerdem beruht dieser grundsätzliche Paradigmenwechsel auf der Erkenntnis, dass Kapital immer durch die Leistungen des Produktionsfaktors Arbeit und durch die Verfügbarkeit des Produktionsfaktors natürliche Ressourcen entsteht. Auch Geld-Kapital, das von der Notenbank oder den Geschäftsbanken aus dem Nichts geschaffen wird, erhält seinen Wert erst durch die von den Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen erbrachten Leistungen.

Die bisher übliche und als selbstverständlich empfundene Entlohnung des Kapitals ist deshalb eine Belohnung für die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, was ein fundamentaler Fehler ist, denn die Ressourcen sind begrenzt und auf ihre Nutzung haben alle Menschen, auch die zukünftig lebenden, das gleiche Anrecht. Die Ressourcen dürfen deshalb nicht zur Gewinnerwirtschaftung privatisiert werden.

**Für die Lösung der anstehenden Probleme ist ein grundsätzlich neues ökonomisches Denken unabdingbar.**

Aufgrund dieser Erkenntnisse erscheinen folgende Leitlinien als angemessen:

1. Sparguthaben und ähnliche Geldanlagen werden nur noch in der Höhe der Inflation verzinst. Kreditzinsen orientieren sich damit ebenfalls an der Inflation, erhöht um die Bearbeitungskosten und ggf. die Kosten einer Kredit-Ausfallversicherung.
2. Erlöse aus Direktinvestitionen und Beteiligungen an Unternehmen mit beschränkter Haftung orientieren sich an der Höhe der Kreditzinsen.
3. Für Unternehmer/innen, die mit ihrem gesamten Vermögen haften, ist eine etwas höhere Gewinnausschüttung angemessen.

**Gewinne, die in einem Unternehmen erzielt werden**, sind das Resultat der Fähigkeiten, des Ideenreichtums und der guten Zusammenarbeit aller im Unternehmen tätigen

Mitarbeiter/innen, das sind die Geschäftsleitung, die Führungskräfte, Ingenieure, Betriebswirte, Fach- und Hilfskräfte, eben alle!

Unternehmen erbringen wichtige Leistungen für die Gesellschaft; sie stellen Arbeitsplätze zur Verfügung und erzeugen (überwiegend) nützliche Produkte und Dienstleistungen, sie sind eigentlich der Motor der Volkswirtschaft. Wir alle wollen und müssen während unseres erwerbsfähigen Alters arbeiten, damit der Gesellschaft die erforderlichen und gewünschten Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung stehen, und natürlich müssen wir dafür so entlohnt werden, damit wir den für uns angemessenen Anteil an der Wertschöpfung kaufen können. Zusätzlich leisten wir mit unserer Arbeit und unserem Verdienst einen Beitrag, damit all diejenigen, die keine Arbeit verrichten können, durch die soziale Umverteilung ebenfalls am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Aus diesen Gründen wollen wir, dass unsere Unternehmen in erster Linie dem Gemeinwohl dienen und dass sie durch die Erwirtschaftung eines angemessenen Gewinns die erforderlichen Zukunftsinvestitionen tätigen können.

Da die Erwirtschaftung eines Gewinns in einem Unternehmen das Resultat der Leistung aller Mitarbeiter ist, ist die Definition eines angemessenen Gewinns an der Lohnsumme auszurichten. Einen Gewinn von 4 bis 5 % der Lohn- und Gehaltssumme halten wir für angemessen. Gewinne in dieser Höhe sollten mit dem Mindeststeuersatz besteuert werden. Dauerhaft überhöhte Gewinne deuten darauf hin, dass entweder die eigenen Mitarbeiter zu gering entlohnt, die Zulieferbetriebe nicht angemessen bezahlt, oder von den Kunden ein zu hoher Preis verlangt wird.

Ein Teil des Gewinns sollte deshalb an die Mitarbeiter/innen verteilt werden, wobei jedoch die beschlossenen Bandbreiten der Entlohnung einzuhalten sind.

Auch eine Gewinnbeteiligung der Lieferanten ist denkbar, während die Gewinnbeteiligung der Kunden wohl nicht möglich sein wird. Deshalb ist es angemessen, wenn die Besteuerung der Gewinne, die über der vorgeschlagenen Höhe von 4 – 5 % der Lohnsumme liegen, ähnlich wie bei der Einkommenssteuer, progressiv ansteigt. So fließt ein Teil des Gewinns wieder an die Gesellschaft zurück.

Auch diese Vorschläge des Solidaritätsrates über die „Entlohnung“ des Kapitals und die Angemessenheit von Unternehmensgewinnen müssen in den Parlamenten und in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Das Resultat ist eine neue, konsensfähige Steuergesetzgebung für die Kapital- und Gewinnbesteuerung.

### **2.3 Die Steuer- und Finanzpolitik der solidarischen Gesellschaft**

Die Folgen der vom Neoliberalismus geprägten Steuer- und Finanzpolitik sind die Staatsverschuldung und die extrem ansteigenden Umsätze an den internationalen Finanzmärkten und Börsen. Das von der Gesellschaft erarbeitete Kapital wird zu einem sehr großen Teil für spekulative Zwecke missbraucht, statt in der realen Wirtschaft reinvestiert zu werden. Diese Politik ist die Ursache für die immer häufiger auftretenden Krisen und die Spaltung der Gesellschaft. Eine kleine Gruppe von immer reicheren Kapitalbesitzern steht einer wachsenden Gruppe von Menschen gegenüber, die an oder unter der Armutsgrenze leben.

Die solidarische zukunftsfähige Gesellschaft muss diese Politik grundlegend verändern.

### **Die erforderliche große Steuerreform**

In den letzten 3 Jahrzehnten stieg die Staatsverschuldung in Deutschland um rund 1.800 Mrd. € auf jetzt über 2.100 Mrd. €. Dieser Betrag entspricht etwa den Nettolöhnen und -gehältern in 3 Jahren oder fast dem gesamten Steueraufkommen in 4 Jahren. Es ist völlig ausgeschlossen, dass diese Beträge in einer absehbaren Zeit zurückbezahlt werden können, wenn an der Besteuerung nichts Grundsätzliches verändert wird.

Fällige Rückzahlungen wurden immer nur durch neue Kredite umgeschuldet, zusätzlich wurden Jahr für Jahr weitere Kredite aufgenommen. In mehreren Jahren war die Neuverschuldung höher als die Investitionen. Die Staatsverschuldung ist eine Folge der falsch interpretierten Vorschläge von J.M. Keynes zur Überwindung von Krisen und sie ist ein Resultat der seit den 80er Jahren erfolgten neoliberalen Politik mit **Steuersenkungen**, insbesondere der Steuersenkungen für Gewinne, für Kapitaleinkommen, der Absenkung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer, sowie des Aussetzens der Vermögenssteuer und die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer.

Gleichzeitig stieg das Geldvermögen der privaten Haushalte von 760 Mrd. € im Jahr 1980 auf 4 715 Mrd. € im Jahr 2011, also um 3 955 Mrd. €. Grund ist die Geldanhäufung auf den Konten der reichsten 10 Prozent und der superreichen 0,1 Prozent der Bevölkerung. Und wohl bemerkt, in dieser Summe sind die Vermögen an Realkapital von Firmen und privaten Haushalten, also die Vermögen an Gebäuden, Maschinen, Einrichtungen und Sachwerten, die schon schuldenfrei bezahlt sind, noch nicht mit eingerechnet, die kommen noch hinzu! Es ist längst klar, dass nur mit Steuern auf die laufenden Einnahmen die Staatsverschuldung nicht abgetragen werden kann.

Da die Staatsverschuldung in höchstem Maße sozial ungerecht ist, denn sie zementiert und verstärkt die Verteilungsgerechtigkeit für Jahrzehnte, ist eine wirklich große Steuerreform unabdingbar, die etwa 80 – 100 Mrd. € pro Jahr zusätzlich an Steuern einbringen muss. 80 Mrd. € müssen ausschließlich zum Abbau der Staatsschulden verwendet werden, damit die Schulden der öffentlichen Haushalte innerhalb der nächsten 12 Jahre halbiert werden.

Wenn dies nicht erfolgt, dann muss die kommende Generation nicht nur die höheren Investitionen zur Bewältigung des ökologischen Umbaus schultern und die höheren Soziallasten tragen, die aufgrund des demographischen Wandels unvermeidbar sind, sondern auch die Lasten aus der Staatsverschuldung übernehmen. Dies wäre eine glatte Überforderung, die unbedingt verhindert werden muss.

Um das Ziel des Schuldenabbaus zu erreichen, schlagen wir vor, dass im Wesentlichen wieder die Steuern und die Steuersätze so erhoben werden, wie sie Ende der 80er Jahre bestanden, es ist also gar nichts revolutionäres erforderlich. Dass bedeutet, dass die Vermögenssteuer wieder eingeführt, die Erbschaftssteuer erhöht und der Spitzensteuersatz für die Einkommenssteuer wieder angehoben wird. Die Körperschaftssteuer muss einer Progressionskurve unterliegen, ähnlich der Progression der Einkommenssteuer. Die Kapitalertragssteuer wird wieder dynamisiert und mit der Einkommenssteuer berechnet, Freibeträge für geringe Kapitaleinkommen bleiben bestehen. Die Mehrwertsteuersätze

bleiben unverändert, es sollte aber eine Bereinigung bei der Zuordnung zu den niedrigeren und höheren Steuersätzen geben.

Es müssen auch die Steuerschlupflöcher systematisch geschlossen werden und Steuerhinterziehungen müssen streng verfolgt und geahndet werden. Es ist damit zu rechnen, dass dadurch die Steuereinnahmen um weitere 30 - 40 Mrd. € ansteigen werden.

Manche werden nun argumentieren, dass durch die höheren Steuern den Unternehmen die finanzielle Basis für Investitionen entzogen wird, oder dass höhere Steuern Gift sei für die Wirtschaft. Diese Argumente sind hinlänglich bekannt, aber sie sind nicht zutreffend. Das Gegenteil ist der Fall:

Wenn die Unternehmen bei zunehmenden Gewinnen höher und sogar progressiv besteuert werden, dann werden sie mehr investieren, um der höheren Besteuerung zu entgehen, und das ist gut so, denn dadurch rüsten sie sich für die Zukunft.

Fakt ist, dass die Netto-Investitionen nach der großen rot/grünen Steuerreform von 7 % des BIP auf 2,3 % eingebrochen sind und seit dem nie mehr höher lagen als 3,4 % des BIP. In den letzten 10 Jahren wurde in Deutschland weniger investiert, als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Die Unternehmen haben also die Steuergeschenke nicht für mehr Investitionen genutzt, wie das erwartet wurde - die Steuersenkung war ein riesiger Flop.

Die Folge war und ist, dass die Steuergeschenke nicht für Investitionen in der Realwirtschaft genutzt wurden, sondern in den Finanzkasinos landeten und zu der Krise beigetragen haben, die unser Finanzsystem beinahe in den Abgrund zog.

So waren die Steuersenkungen in dreifacher Weise der Grund für die hohe Staatsverschuldung:

1. weil sie bei der Einführung zu Steuerausfällen führte,
2. weil sie die Spekulation an den Finanzmärkten befeuerte und zur Finanz- und Wirtschaftskrise führte, was die Steuereinnahmen zusätzlich senkte und
3. weil zur Eindämmung der Krise und zur Rettung der Banken über 480 Mrd. € aufgebracht werden mussten.

So kann es beim besten Willen nicht weitergehen!!

Mit der vorgeschlagenen Politik der Solidität wird die Basis für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität geschaffen. Dies ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass die Unternehmen ihre Zukunft planen können.

Die höhere Besteuerung ist auch eine Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit. In den letzten 15 Jahren sind die unteren bis mittleren Einkommen real zurückgegangen, was eine wesentliche Unterstützung für die Exporterfolge war. Dadurch sind die Gewinne der Unternehmen deutlich gestiegen und die höheren Gehälter haben munter zugelegt. Jetzt wird es höchste Zeit, dass die Lasten der Staatsschulden auf die Schultern übertragen werden, die von der vergangenen Politik kräftig profitiert haben.

### **Das Ende der Liberalisierung der Finanzmärkte**

Die großen Krisen, in denen wir uns seit 2008 befinden, wurden uns von den entfesselten Finanzmärkten eingebrockt. Die völlige Liberalisierung der Finanzmärkte war eine der Kernforderungen des neoliberalen Monetarismus, dadurch würde das Kapital dort investiert

werden, wo es der Gesellschaft den größten Nutzen bringen würde. Ganz unauffällig wurde aber schon im Laufe der Zeit die Formulierung etwas geändert, nämlich, das Kapital solle dort investiert werden, wo es die größten Gewinne erzielt. Das ist aber bei weitem nicht das gleiche. Tatsächlich wurde das Kapital mehr und mehr dort eingesetzt, wo es die höchsten Gewinne erzielte, nämlich in der Spekulation, genau da werden aber überhaupt keine Werte geschaffen. Im Gegenteil, in der Krise mussten allein von den 10 wichtigsten Industrieländern etwa 5 000 Mrd. € zur Stützung und Rettung der Banken aufgewendet werden, um einen kompletten Kollaps der Wirtschaft zu vermeiden. (Steinbrück „Unterm Strich“ Seite 61)

Das spekulative Treiben an den Finanzmärkten kann nicht von einem Land völlig unterbunden werden, aber das was möglich ist, und das ist nicht wenig, muss national veranlasst werden.

Es wird vorgeschlagen, dass in Deutschland folgende Maßnahmen veranlasst werden:

1. Alle deutschen Banken müssen ihre sogenannten Zweckgesellschaften schließen, sowohl im Inland wie im Ausland.
2. Deutsche Banken dürfen nicht mehr an Rohstoff- und Nahrungsmittelbörsen spekulieren und sie dürfen sich nicht an der Spekulation mit Derivaten und Kreditverbriefungen beteiligen, auch nicht im Auftrag der Kunden. Das gilt auch für alle ihre Filialen, die sie in anderen Ländern unterhalten, und es gilt für alle Filialen von ausländischen Banken und Fonds in Deutschland.
3. Deutsche Banken dürfen keine Filialen in Steueroasen unterhalten.
4. Deutsche Banken dürfen eine Bilanzsumme von etwa 250 Mrd. € nicht überschreiten, damit der mögliche Konkurs einer Bank nicht das gesamte Bankensystem gefährdet.
5. Den Hedge-Fonds wird so schnell wie möglich die Zulassung wieder entzogen.
6. Warenbörsen in Deutschland müssen ihre Satzungen so verändern, dass niemand eine Zulassung sowohl zum Kauf wie auch zum Verkauf erhalten kann, dadurch wird die Spekulation unterbunden.
7. Die Börsenumsatzsteuer wird wieder eingeführt.
8. Das Aktiengesetz muss dahingehend verändert werden, dass für die Ausschüttung von Dividenden und für die Ausübung des Stimmrechts die Aktie mindestens 2 Jahre im Besitz des Aktionärs sein muss. Der Millisekunden-Handel wird verboten.
9. Banken müssen Kredite, die von ihren KundInnen zum Kauf von spekulativen Wertpapieren verwendet werden, zu 50 % mit Eigenkapital hinterlegen.
10. Banken, Anlageberater, Anwaltskanzleien und Steuerberater, die ihre Kunden zu Steuerhinterziehungen animieren oder ihnen dabei behilflich sind, verlieren ihre Zulassung.

Diese Maßnahmen müssen mit den anderen Staaten diskutiert und ihre Umsetzung so schnell wie möglich betrieben werden. Zusätzlich ist die Finanztransaktionssteuer möglichst rasch und umfassend einzuführen.

Als weiteren großen Schritt ist anzustreben, dass in den Eurostaaten das Vollgeld-Prinzip eingeführt wird. Das bedeutet, dass nur noch die EZB mit den Zentralbanken der Mitgliedsstaaten die Geldmenge bestimmt. Die Geschäftsbanken dürfen dann nur noch in der Höhe Kredite vergeben, wie sie von ihren Kunden Spar- und Termingeldeinlagen haben.

Werden mehr Kredite nachgefragt, können sie sich bei anderen Banken oder bei der Zentralbank refinanzieren.

## 2.4 Die Demokratisierung der Unternehmen

Eine Umfrage hat ergeben, dass fast drei Viertel aller Befragten mit ihrer Arbeit nicht zufrieden sind und nur Dienst nach Vorschrift machen. Wir müssen alles tun, dass sich das grundlegend verändert.

Während unseres Berufslebens verbringen wir den größten Teil unserer aktiven Zeit bei der Arbeit. Wenn wir uns da nicht wohl fühlen, dann wird das unsere Schaffensfreude und damit unsere Innovation und Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigen und es ist ein großer Verlust an Lebensqualität. Erst wenn uns die Arbeit Spaß macht, dann werden wir auch Erfolge erzielen und mit unseren Arbeitsergebnissen Anerkennung und Wertschätzung ernten. Hier muss eine grundsätzliche Verbesserung erreicht werden.

Es gibt schon heute nicht wenige Betriebe, in denen die Unternehmensleitung vorbildlich mit der Belegschaft und den Belegschaftsgremien zusammenarbeiten und dabei große Erfolge erzielen. Dies muss gängige Praxis in allen Betrieben werden. Ziel muss sein, dass die leider immer noch vorhandene, unterschwellige Gegnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern völlig überwunden wird und dass es zu einer vertrauensvollen Sozialpartnerschaft kommt.

In der solidarischen Gesellschaft endet deshalb die Demokratie nicht am Werkstor. Es ist das erklärte Ziel der solidarischen Gesellschaft, dass die Zusammenarbeit in allen Betrieben partnerschaftlich gestaltet wird. Das setzt voraus, dass es keine organisatorischen und finanziellen Geheimnisse innerhalb des Betriebes gibt. Alle haben den gleichen Wissensstand, unabhängig davon ob die Geschäfte des Betriebes gut laufen, oder ob es Probleme gibt. Nur so können alle am gleichen Strang ziehen.

Das Betriebsverfassungsgesetz muss deshalb grundlegend überarbeitet werden. Für die Neufassung werden folgende Eckpunkte vorgeschlagen:

1. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte müssen deutlich ausgeweitet werden. Das gilt im Besonderen für:
  - die Einstufung der Mitarbeiter/innen in die vom Solidaritätsrat festgesetzten Lohngruppen,
  - Die Schulungsmaßnahmen für alle Mitarbeiter/innen, auch für Führungskräfte
  - Die Ernennung von Führungskräften
  - Maßnahmen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs und des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen und anderen umweltbelastenden Stoffen
  - Die Arbeitsschutzmaßnahmen
  - Die betrieblichen sozialen Leistungen
  - Die Arbeitszeitregelungen
  - Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern und Führungskräften
  - Disziplinarmaßnahmen

- Klärung von betriebsinternen Unstimmigkeiten und Beschwerden gegenüber der Betriebsleitung, den Führungskräften und gegenüber Mitarbeiter/innen
  - Beschlüsse zur Kurzarbeit
  - Strategische Beschlüsse über die Zukunft des Betriebes, wie z.B. Standortveränderungen, Produktpalette, Entwicklung neuer Produkte, Betriebsübernahmen oder Verkäufe von Betriebssegmenten, Finanzierung von Investitionen, sowie Verwendung des erwirtschafteten Gewinns. (In Betrieben mit einem Aufsichtsrat werden die in diesem Spiegelpunkt aufgezählten Aufgaben vom Aufsichtsrat wahrgenommen.)
2. Die Zusammensetzung der Aufsichtsräte wird sich grundlegend verändern. Es wird vorgeschlagen, dass in Zukunft 40 % der Aufsichtsräte von Angehörigen des Betriebes gewählt werden und 35 % von den TeilhaberInnen bzw. den Aktionären. Die gewählten Aufsichtsräte dieser beiden Gruppen berufen im Konsensverfahren die restlichen 25 % des Aufsichtsrates, in dem Vertreter/innen von Verbraucherorganisationen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden und gewählte Politiker/innen vertreten sind. Der Aufsichtsrat wählt seine(n) Vorsitzende(n) und die Geschäftsführung des Betriebes, er legt die Besoldung der Geschäftsführung im Rahmen der Vorgaben des Solidaritätsrates fest und beschließt alle strategischen Entscheidungen.
  3. Die Besoldung der Mitglieder des Aufsichtsrates muss neu gefasst werden. Ziel ist, dass es für die Arbeit in einem Aufsichtsrat nur noch eine knapp bemessene Aufwandsentschädigung gibt. Die Mitarbeit in einem Aufsichtsrat muss Ehrensache sein und kein finanziell lukrativer „Job“.
  4. Es müssen auch ganz neue Bilanzregeln für die Unternehmen erarbeitet werden, so dass ersichtlich wird, wie effektiv ein Betrieb dem Gemeinwohl dient. Natürlich wird auch über das wirtschaftliche Ergebnis weiterhin berichtet, dies ist aber nicht mehr prioritär.

Die Veränderungen im Betriebsverfassungsgesetz, die demokratisch erarbeitete Entlohnungsordnung durch den Solidaritätsrat, die großen Herausforderungen zur Erzielung der ökologischen Zukunftsfähigkeit, der Übergang in eine Wirtschaft ohne Wachstum und die neuen Bilanzierungsregeln erfordern von den Unternehmen und den Gewerkschaften ein ganz neues Rollenverständnis.

Bei den Betrieben stehen nicht mehr die Maximierung der Gewinne im Vordergrund, sondern der bestmögliche Beitrag zur Bewältigung des ökologischen Umbaus und die Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen, die der Verbesserung des Wohlstandes der Menschen dient. Dazu müssen sie Schulungen für die Führungskräfte und die Mitarbeiter/innen organisieren, um so die bestmögliche Nutzung der in ihren Betrieben vorhandenen menschlichen „Ressourcen“ zu erreichen und die sich dadurch eröffnenden Chancen zu nutzen.

Auch die Gewerkschaften müssen sich in eine neue, sehr verantwortungsvolle Rolle hineinfinden. Sie sind weiterhin das Sprachrohr der Arbeitnehmerschaft, aber sie müssen nicht mehr Jahr für Jahr um höhere Löhne streiten, da diese Aufgabe der Solidaritätsrat erfüllt. Die Gewerkschaften müssen darüber wachen, dass in den Betrieben die Eingruppierungen der Arbeitsplätze entsprechend den Arbeitsplatzbewertungen des Solidaritätsrates erfolgen, und sie werden wichtige Träger für die Schulungen ihrer

Mitglieder, ganz besonders der Vertreter/innen in den Betriebs- Personal- und Aufsichtsräten. Darüber hinaus sind sie auch Teil der Konsumentenvertretung. Da sie direkt in den Betrieben wirken können, spielen sie eine aktive Rolle bei der Festlegung der betrieblichen Produktpaletten, damit in erster Linie das produziert wird, was den Menschen dienlich ist, und auch sie haben die Aufgabe, die Betriebe bei der Bewältigung der ökologischen Herausforderung zu unterstützen.

## **2.5 Die Sozialpolitik der solidarischen Gesellschaft**

### **Die Familienpolitik der solidarischen Gesellschaft**

In der Familienpolitik gibt es in Deutschland einen nicht unerheblichen Nachholbedarf. Es wird zwar viel Geld für die Familienpolitik eingesetzt, vor allem indirekt durch Steuervergünstigungen, dennoch ist unsere Familienpolitik nicht effektiv im Sinne einer Familienförderung.

Es ist immer noch sehr schwierig für unsere Eltern, Familie und Beruf unter einen „Hut“ zu bringen. Das führt vor allem dazu, dass Frauen mit akademischer Ausbildung in der Geburtenrate erheblich unter dem Durchschnitt liegen. Um dies zu verändern, muss in Zusammenarbeit mit den Betrieben und Behörden erreicht werden, dass die Arbeitszeiten flexibler gestaltet werden können, mehr Arbeit zu Hause geleistet werden kann, dass arbeitsplatznahe Horte und Kindertagesstätten eingerichtet werden und dass dort, wo dies möglich ist, Kinder auch an den Arbeitsplatz mitgenommen werden können. Nicht alles, aber vieles ist möglich.

Beim Ausbau von Horten und Kindertagesstätten, sowie bei der Einrichtung von Ganztagschulen wurden in den letzten Jahren Fortschritte erzielt; diese Anstrengungen müssen fortgesetzt werden.

Die Erziehung der Kinder durch die Eltern ist wichtig. Für Eltern, die für diese Aufgabe eine Unterstützung benötigen, müssen Beratungsstellen eingerichtet werden. Aber nicht alle Eltern können trotz guter Beratung ihren Kindern die Förderung zuteilwerden lassen, die ihre Kinder für ihre Entwicklung benötigen. Es wird daher angemessen sein, den Besuch des Kindergartens ab dem 3. Lebensjahr zur Pflicht zu machen und bei Kindern mit Entwicklungsdefiziten müssen gezielte Fördermaßnahmen durchgeführt werden. Diese Förderung wird selbstverständlich an den Schulen fortgeführt und in den Ganztagschulen verstärkt ausgebaut. Da die Länder für die Bildung verantwortlich sind, ist die finanzielle Ausstattung der Länder zu verbessern.

Die finanziellen Leistungen für die Familien sind in ihrer Gesamtheit nicht zu erhöhen, sie müssen aber so verändert werden, dass Familien mit Kindern eine deutliche Verbesserung erfahren und es muss sichergestellt werden, dass Familien mit geringerem Einkommen nicht schlechter gestellt sind als Familien mit hohem Einkommen. Für die solidarische Gesellschaft ist deshalb eine Kindergrundsicherung die angemessene finanzielle Familienförderung. Dadurch erhalten alle Eltern für ihre Erziehungsleistung die gleiche Unterstützung.

### **Die solidarische Krankenversicherung**

Eine große Reform wird es bei der Krankenversicherung geben. Das bisherige 2 Klassen System mit etwa 140 gesetzlichen Krankenkassen mit der Honorarabrechnung über die kassenärztlichen Vereinigungen und zusätzlichen 40 privaten Krankenkassen ist so komplex, undurchsichtig, verwaltungsaufwändig und auch diskriminierend, dass hier eine Reform dringend erforderlich ist. Für die solidarische Gesellschaft ist eine von Grund auf neu

gestaltete Gesundheitsfürsorge vorzusehen, die auch viel stärker als bisher präventiv tätig ist. Daher werden die Gesundheitsprogramme für alle Menschen und alle Bereiche des Lebens ausgewogene körperliche und geistige Tätigkeit fördern. Dadurch steigt die Lebensqualität bei verminderten Kosten. Und selbstverständlich werden in Zukunft alle Bürger/innen, also auch Beamte und Selbständige in den gesetzlichen Krankenkassen versichert, die alle erforderlichen Maßnahmen bezahlen.

Bei dieser Reform werden wir von Österreich viel lernen können, dort gibt es schon lange diese Versicherung für alle Bürger/innen. Es muss auch herausgefunden werden, weshalb in Österreich die Beiträge für die Krankenkassen wesentlich niedriger liegen als in Deutschland.

Diese Reform muss nicht „übers Knie gebrochen“ werden. Die Vor- und Nachteile verschiedener Vorschläge müssen abgewogen, mit Pilotprojekten in der Praxis überprüft und dann muss das beste System eingeführt werden.

Die Finanzierung der Krankenversicherung muss ebenfalls an das Selbstverständnis der solidarischen Gesellschaft angepasst werden. In der solidarischen Gesellschaft werden die Lasten solidarisch getragen, das heißt, wer ein höheres Einkommen hat, bezahlt auch einen höheren Beitrag, was ja heute auch schon der Fall ist. Allerdings muss die Bemessungsobergrenze allmählich und mit Augenmaß erhöht werden. Durch die Neustrukturierung der Krankenversicherung ist mit einer deutlichen Kostenreduktion zu rechnen, so dass die Beitragssätze insgesamt sinken werden, so dass auf diejenigen mit höheren Einkommen trotz der Anhebung der Bemessungsgrenze möglicherweise keine höheren Belastungen zukommen, aber für die Bürger/innen mit Einkommen unter der bisherigen Bemessungsobergrenze ist mit geringeren Beiträgen zu rechnen.

Selbstverständlich werden die Beiträge paritätisch aufgebracht, aber die Beiträge der Unternehmen werden nicht, oder zumindest nicht ausschließlich nach der Lohnsumme berechnet, sondern nach der gesamten Wertschöpfung des Unternehmens, so dass Wertsteigerungen, die durch einen sehr hohen Kapitaleinsatz oder durch den Zukauf von Bauteilen aus Niedriglohn-Ländern erzielt werden, ebenfalls in die Beitragsberechnung eingehen und dadurch der lohnbezogene Beitrag weiter reduziert wird.

### **Die solidarische Rentenversicherung**

Aufgrund des demographischen Wandels ist die Gewährleistung einer gerechten und auskömmlichen Altersversorgung eine erschwerte Aufgabe. Fast zeitgleich mit der höheren Belastung der solidarischen Gesellschaft bei der Altersversorgung, muss der ökologische Umbau unserer Wirtschaftsweise bewältigt werden, bei dem die Produktivität des Rohstoffeinsatzes ganz erheblich gesteigert werden muss. Das wird dazu führen, dass nicht mehr im gleichen Maß wie in der Vergangenheit in die Produktivitätssteigerung der Arbeit investiert werden kann, was bei zurückgehender Anzahl an Menschen im erwerbsfähigen Alter und gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerung im Rentenalter dringend erforderlich wäre.

Der neoliberale Lösungsansatz war die Einführung der sogenannten Riesterrente. Diese löst das Problem jedoch nicht, insbesondere dann, wenn die Ersparnisse vom Staat oder von unseren Unternehmen als Kredit aufgenommen werden. Wenn die Rentner/innen das

Ersparnisse für die Finanzierung ihres Lebensunterhaltes benötigen, dann müssen die fälligen Rückzahlungen von den Erwerbstätigen in den Betrieben und von den Steuerzahler/innen, also von den Menschen im erwerbsfähigen Alter zusätzlich aufgebracht werden. Die Riesterrente ist deshalb nur eine andere Form der umlagefinanzierten Rente, sie ist aber wesentlich teurer und birgt große Unsicherheiten und Verlustrisiken.

Damit die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge nicht überfordert werden, muss auch bei der Rentenversicherung eine wirkliche Solidarität praktiziert werden, das heißt, dass auch bei der Altersversorgung alle Bürger/innen gemeinsam die Lasten tragen. Es wird in Zukunft ein Rentensystem für alle geben, Arbeiter/innen, Angestellte, Beamte, Künstler/innen und Selbständige, Politiker/innen, alle bilden auch bei der Altersversorgung eine Solidargemeinschaft.

Der Solidaritätsrat, der die Höhe der Entlohnung ausarbeitet, wird auch für die Höhe der Altersbezüge einen Vorschlag machen. Dieser Vorschlag muss beinhalten, dass auch in Zukunft niemand von Altersarmut bedroht ist, andererseits werden aber die hohen Renten „gedeckelt“ werden müssen, damit die Menschen im erwerbsfähigen Alter nicht überfordert werden.

Es ist aber auch dringend erforderlich, dass, so lange die geburtenstarken Jahrgänge noch im Erwerbsleben stehen und noch Arbeitslosigkeit herrscht, verstärkt in die Zukunft investiert wird - aber nicht auf Pump, denn das bringt in der Zukunft überhaupt keine Entlastung, denn zur späteren Schuldentilgung muss die gleiche Leistung an anderer Stelle erbracht werden und es müssen zusätzlich die Zinsen bezahlt werden.

Wegen dieser Zusammenhänge ist die oben dargestellte Halbierung der Staatsschulden in den nächsten 12 Jahren besonders wichtig, um so die kommende Generation wenigstens z.T. zu entlasten.

Die Entlastung der geburtenschwachen Jahrgänge ist auch mit einer kooperativen Entwicklungspolitik möglich. Wir haben wenige Kinder und können deshalb nur beschränkt durch die Erziehung und Ausbildung unserer Kinder in die Zukunft investieren. Es ist denkbar, dass wir mit Staaten mit einer hohen Geburtenrate eine Kooperation eingehen und bei der Bildung dieser Jugendlichen und bei der Entwicklung des Landes helfen. Wir erbringen also jetzt Leistungen für die Zukunft in einem anderen Land, damit die Bevölkerung, die jetzt in den Genuss unserer Hilfe kommt, uns in 15, 20, 30 Jahren helfen kann. Diese Möglichkeit der partnerschaftlichen Zukunftsgestaltung muss geprüft werden.

Eine weitere Möglichkeit ist, dass sich Deutschland stärker für den Zuzug junger Menschen öffnet und ihnen eine gute Ausbildung ermöglicht, damit sie dann später uns helfen können, die schwierige Lage zu meistern.

## **2.6 Die Bildungspolitik der solidarischen Gesellschaft**

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition. Die solidarische Gesellschaft wird dafür sorgen, dass alle Kinder, egal in welche Familien sie hineingeboren wurden, die Möglichkeit erhalten, ihre Fähigkeiten voll zu entfalten. Im Klartext heißt das, dass nicht alle Kinder in den Kitas und in den Schulen im selben Umfang gefördert werden. Nein, Kinder, die von ihren Eltern keine oder wenig Unterstützung erhalten, müssen stärker gefördert werden.

Die Geburtenzahlen sind sehr stark zurückgegangen. Es muss deshalb alles unternommen werden, damit die Talente aller Kinder voll zur Geltung kommen. Wir können es uns nicht leisten, wenige Kinder zur Welt zu bringen und diesen dann nicht einmal eine bestmögliche Ausbildung zukommen zu lassen. Bildung ist jedoch nicht nur Wissensvermittlung; zur Bildung gehören ebenso die Verbesserung der Sozialkompetenz, der Teamfähigkeit und die Pflege der Kultur. Dies wird in der Konzeption der Gemeinschaftsschulen und der Waldorfschulen vorbildlich realisiert. Damit Bildung und Ausbildung nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängt, muss ganz selbstverständlich sein, dass die Ausbildung vom Kindergarten bis zur Universität von der Gemeinschaft finanziert wird.

Wichtig ist auch, dass allen Erwachsenen die berufsbegleitende Fortbildung ermöglicht wird. Ziel muss es sein, auch bei den bereits berufstätigen Erwachsenen die vorhandenen Potentiale bestmöglich zu fördern, zum Nutzen der Menschen selbst, aber auch zum Nutzen der gesamten Gesellschaft. In den Verhandlungen zum neuen Betriebsverfassungsgesetz muss daher ausgelotet werden, welche Wege am besten geeignet sind, um dieses Ziel zu erreichen.

### **3. Die Europapolitik der solidarischen Gesellschaft**

Der europäische Einigungsprozess, der nach dem 2. Weltkrieg durch die Weitsicht einiger Staatsmänner eingeleitet wurde, ist ein leuchtendes Beispiel für eine zukunftsweisende Politik. Die europäischen Staaten, die viele gemeinsame kulturelle Wurzeln haben, waren seit Jahrhunderten in Kriegen und Auseinandersetzungen verwickelt, zum Leidwesen der Menschen.

Durch den wirklich historischen Einigungsprozess wurde diese unglückselige, lange andauernde geschichtliche Phase der kriegerischen Auseinandersetzungen überwunden. Die europäische Bevölkerung kann sich glücklich preisen, dass sie nun schon seit fast 70 Jahren in den meisten Staaten in Europa, leider gilt das nicht für alle, in Frieden leben können. Dies war und ist eine ganz wesentlich Voraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität in Europa und den erreichten hohen Lebensstandard.

Dieses große Einigungswerk dürfen wir nicht durch die Staatsverschuldungskrise zerstören lassen! Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008, zu deren Überwindung von den 10 wichtigsten Staaten 5 Billionen € aufgewendet wurden und von den 27 EU-Staaten allein im Krisenjahr 2009 etwa 800 Mrd. neue Staatsschulden aufgenommen wurden, ist die Krise als „Euro-Krise“ ausgebrochen.

Die Basis für die Eurokrise wurde aber schon in all den Jahren seit der Einführung des Euros gelegt. Es gab seit Jahren genügend Stimmen, die darauf hinwiesen, dass eine Gemeinschaft von Staaten mit der gleichen Währung auch die gleiche, oder zumindest eine eng abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik betreiben muss. Dies ist nicht erfolgt. Fest steht, dass es ein „sich weiter durchwursteln“, so wie in der Vergangenheit, nicht geben kann.

Europa ist nun an einem ganz entscheidenden Punkt angelangt.

Der europäische Einigungsprozess ist in der Vergangenheit vor allem von der Wirtschaft, insbesondere von den großen Konzernen, vorangetrieben und geprägt worden.

Wirtschaftliche Interessen standen im Mittelpunkt. Die Bevölkerung hat zwar den Einigungsprozess ebenfalls begrüßt, sie war aber keine treibende Kraft. Skepsis mischte sich immer stärker unter die Befürwortung der europäischen Idee, je mehr die Europapolitik vom neoliberalen Gedankengut beeinflusst und geprägt wurde. Die Bevölkerung möchte mehrheitlich ein soziales, ökologisches, solidarisches und demokratisches Europa für die Menschen und nicht ein undemokratisches, neoliberales Europa der Konzerne. Das Fehlen einer Europäischen Verfassung, die alle Bürger/innen verstehen, unterstreicht diesen Zustand.

Die erforderlichen Veränderungen sind so einschneidend, dass sie von einem gewählten Konvent gründlich ausgearbeitet, dann ausgiebig in der Öffentlichkeit diskutiert und danach in allen Staaten dem Votum der Bürger/innen vorgelegt werden müssen.

Dieser Prozess wird wohl gut 2 - 3 Jahre dauern. Während dieser Zeit müssen besonders die Euro-Staaten solidarisch zusammenstehen, damit die Entscheidungen für die Zukunft auf demokratischem Wege erfolgen können und nicht schon vorher durch das spekulative Treiben der Finanzakteure andere Fakten geschaffen werden und dann keine Wahl mehr möglich ist.

Es ist zwingend erforderlich, dass zumindest die Mitgliedsländer der EWU, ihre Wirtschafts- und Steuerpolitik eng abstimmen, und in der gesamten EU sind die Kapital-, Unternehmens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu vereinheitlichen, damit die Staaten nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden und somit ihre Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen. Das Wettrennen um die niedrigsten Kapital- und Unternehmenssteuern muss beendet werden

Zusätzlich muss die Europäische Union den Staaten, die durch anhaltende Handelsbilanz-Defizite und durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind, bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft helfen. Deutschland, das seit 14 Jahren einen hohen Handelsbilanzüberschuss hat, muss sich seiner Verantwortung bewusst werden und ihre Unternehmen auffordern, in den Defizitländern zu investieren, oder den Defizitländern durch bilaterale Maßnahmen Unterstützung zu gewähren.

Solidarität unter den Staaten der EU erfordert auch eine Abkehr von der Unterstützung der Steuerhinterzieher, zum Schaden der gesamten Gemeinschaft. Nicht nur die Krisenstaaten leiden unter dieser unsolidarischen Politik, nahezu alle Mitgliedsstaaten sind davon betroffen. Diese (Hehler-)Politik kann nicht länger geduldet werden.

Die neugewonnene Handlungsfähigkeit wird die EU-Staaten in die Lage versetzen, mehr in die Zukunftsfähigkeit zu investieren. Es ist jedoch wichtig, dass nicht nur die öffentlichen Haushalte sehr viel mehr in die Zukunft investieren. Auch die privaten Haushalte und die Unternehmen müssen durch geeignete politische Maßnahmen (z.B. wie sie im Abschnitt 1 vorgeschlagen werden) dazu veranlasst werden, für die Zukunftsfähigkeit zu investieren.

Die Gremien der EU müssen bei der sozial-ökologischen Erneuerung eine „Treiberrolle“ übernehmen und sie müssen dafür sorgen, dass jeweils die besten Maßnahmen in einem Land in allen anderen Ländern eingeführt werden. So wird die EU eine Vorreiterrolle im sozial-ökologischen Umbauprozess einnehmen, der letztendlich weltweit stattfinden muss. Auch deshalb muss der Einigungsprozess innerhalb der EU voranschreiten.

Die Agrarpolitik ist eine starke Domäne der EU-Politik. Fast die Hälfte des EU-Budgets wird für die Agrarpolitik, hauptsächlich für Subventionen, verwendet. Wir sind der Meinung, dass es hier in Zukunft Veränderungen geben muss. Die flächenbezogene Subventionierung aller Betriebe muss eingestellt werden. In Zukunft kann nur noch die Ökolandwirtschaft subventioniert werden, weil sie einen beträchtlichen Beitrag für den Klimaschutz leisten kann. Eine flächenbezogene Subventionierung kann es sonst nur noch für Steillagen und Böden mit geringer Bonität geben, damit sie weiterhin bewirtschaftet werden.

#### **4. Regionalisierung statt Globalisierung**

Die Gremien der EU, allen voran die Europäische Kommission, unterstützen und forcieren die grenzenlose Globalisierung, die vor allem von den Verfechtern der neoliberalen Doktrin zum Dogma erhoben wurde. Die Auswirkungen dieser Politik wurden nie in Frage gestellt. Als wissenschaftliche Begründung wird das Theorem von der Nutzung des komparativen Kostenvorteils von David Ricardo herangezogen. Dieses mehr als 200 Jahre alte Theorem hat aber nur bei globaler Vollbeschäftigung Gültigkeit und die haben wir definitiv nicht. Eine weitere Bedingung ist, dass die Preise fair von gleich starken Partnern ausgehandelt werden, auch das ist heute bei weitem nicht zutreffend.

Ehrlicher wäre es, wenn die Befürworter der Globalisierung zugeben würden, dass der neoliberale Kapitalismus deshalb in die ganze Welt hinausgetragen wird, weil das wirtschaftliche Wachstum in den alten Industrieländern an seine Grenzen stößt und dadurch eine weitere Kapitalakkumulation schwierig wird. Also, so die neoliberal-kapitalistische Denkweise, muss man die Türen aufstoßen und in all die Länder gehen, die noch ein großes Wachstumspotential vor sich haben.

Mit der Globalisierung steigt der Wettbewerbsdruck, denn die Teilnehmer des globalisierten Marktes haben nicht mehr dieselben, oder wenigstens ähnliche Konditionen, was eigentlich für eine Marktwirtschaft erforderlich ist. Die Globalisierung führt dazu, dass die Unternehmen immer mehr in den Niedriglohnländern produzieren oder produzieren lassen und verkauft wird hauptsächlich in den früheren Industriestaaten und in den Schwellenländern, in denen die Bevölkerung ein höheres Einkommen hat. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen, denn dies führt zu den Handelsbilanzüberschüssen und -defiziten, die auch die Krisen der letzten Jahre herbeigeführt haben.

Der globalisierte Wettbewerb zwingt auch alle Marktteilnehmer mit der gleichen Effektivität zu produzieren, das bedeutet, dass die Menschen in den tropischen Ländern genauso „malochen“ müssen, wie das in den gemäßigten Breitengraden üblich und möglich ist. Unter tropischen Bedingungen ist das aber auf die Dauer gar nicht möglich. Dies ist mit ein Grund, weshalb viele Staaten durch die Globalisierung völlig unter die Räder kommen, ihre Betriebe haben gegen die Billigangebote vor allem aus China keine Chance, den Wettbewerb zu bestehen, die Bevölkerung dieser Staaten stürzen von der Armut ins Elend.

Die Wirtschaft dieser Länder wird richtig in die Zange genommen, auf der einen Seite durch die Billigangebote an industriell gefertigten Produkten aus den Schwellenländern und andererseits durch subventionierte Billigangebote an landwirtschaftlichen Produkten aus

den Industriestaaten. Viele Entwicklungsländer, besonders in Afrika, verlieren dabei völlig ihre wirtschaftliche Selbständigkeit.

Die Globalisierung birgt neben der Beschleunigung des Klimawandels und der Ausbeutung der Rohstoffe weitere große Gefahren. Durch die rasche, weltweite Anwendung von neuen Technologien, deren Einflüsse auf die Natur und die Menschheit noch unklar sind, steigt die Gefahr, dass unerkannte Nebenwirkungen dann in der ganzen Welt wirksam werden.

Die Globalisierung führt auch zu einer globalen Verbreitung und z.T. einer Dominanz der westlichen Kulturen, was in vielen Ländern zu Unruhen und Aversionen führt, vor allem in muslimisch geprägten Regionen. Viele terroristische Aktivitäten müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Oft wird gesagt, dass die Globalisierung unumkehrbar sei. Ja warum sollte denn das so sein? Globalisierung ist kein Naturgesetz, oder? Es ist von Menschen erdacht und gewollt worden, früher unter kolonialen Bedingungen, heute unter neoliberalen Marktregeln. Und alles was von Menschen ersonnen und durchgesetzt wurde, kann auch wieder verändert werden. So auch die grenzenlose Globalisierung.

Die Alternative ist natürlich nicht der Rückfall zur Kleinstaaterei und der völligen Abschottung. Nein – **Die Alternative ist die Einrichtung von Freihandelszonen in denen sich Staaten mit ähnlicher Kultur und ähnlichem Entwicklungsstand zusammenschließen, einen gemeinsamen Markt bilden und sich in ihrem Rhythmus entwickeln können.**

Europa kann dafür ein Vorbild sein, in Nordamerika gibt es die NAFTA und es gibt die GUS in der früheren Sowjetunion. In Südostasien entwickelt sich die ASEAN, in Lateinamerika die ALBA. China und Indien sind eigenständig groß genug. Ideal wäre es, wenn sich alle afrikanischen Staaten südlich der Sahara zu einer Wirtschaftszone zusammenschließen würden und alle arabischen Staaten mit dem Iran, Pakistan, Afghanistan und vielleicht auch die Türkei, sie hätte als assoziiertes Mitglied der EU eine wichtige Funktion als Bindeglied.

Natürlich sollte zwischen diesen Zonen weiterhin Handel und technischer Austausch getrieben werden, aber nicht alle automatisch unter den gleichen Bedingungen und auch nicht ohne Zollschranken. Die Menschen brauchen mehr Freiheiten und Selbstbestimmung und nicht die Diktatur einer neoliberalen Globalisierung. Die geplanten Abkommen CETA und TTIP sind daher strikt abzulehnen.

Ganz wichtig ist auch, dass nationale Maßnahmen für den Klima- und Ressourcenschutz nicht durch Freihandelsbestimmung blockiert werden.

Im Rahmen dieser neuen Politik der Regionalisierung müssen auch in der Entwicklungszusammenarbeit neue Akzente gesetzt werden. Den Ländern, die eine Hilfe anfordern, muss entsprechend einem umfassenden Entwicklungsplan die erforderliche Unterstützung gegeben werden, damit sie das Elend überwinden und alle Menschen ein würdiges Leben führen können.

## **5. Die Außen- und Friedenspolitik der solidarischen Gesellschaft**

Die Grundzüge der solidarischen Gesellschaft müssen auch in der Außen- und Sicherheitspolitik Anwendung finden. Es war und ist ein großer Fehler, dass die imperiale Politik der USA nach dem Fall der Mauer und der Auflösung des Warschauer Paktes weiterhin von unseren Regierungen unterstützt wird. Ab diesem Zeitpunkt hätte eine ganz neue Politik ihren Anfang finden müssen. Diese einmalige Chance wurde leider vertan. Es wird zwar sehr schwierig sein, den langen Pfad der Politik der imperialen Unterstützung zu verlassen, vermutlich gibt es hierzu mehrere geheime Abkommen, dies darf uns aber nicht davon abhalten, den zwingend erforderlichen Weg der solidarischen Kooperation mit allen Staaten einzuschlagen. Die Menschheit wird in der gegenwärtigen Größenordnung nur dann eine Überlebenschance haben, wenn alle Staaten kooperativ und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die Rohstoffsicherung durch imperiale Politik, sogar mit militärischen Mitteln, Land-Grabbing und Übervorteilung armer und schwacher Staaten muss überwunden werden.

In Zukunft müssen von Deutschland wichtige Friedensinitiativen ausgehen. Dies ermöglicht große Schritte in der militärischen Abrüstung. Dies ist insbesondere jetzt, wo es eine erneute militärische Konfrontation zwischen NATO und Russland gibt, von besonderer Dringlichkeit. Die Politik der Ausweitung der eigenen Einflusszone muss zu Gunsten einer kooperativen Zusammenarbeit beendet werden.

Auf absehbare Zeit werden Deutschland und die EU mit Sicherheit von niemandem militärisch angegriffen, eine Bundes-Wehr ist daher überflüssig und die NATO auch. Es ist auch völlig abwegig, die Rohstoffversorgung mit militärischen Mitteln sichern zu wollen. Oder wollen wir allen Ernstes um die letzten Öl-, Gas-, Metall-, Phosphor oder andere Ressourcen Kriege führen? Dieses Denken ist ein Rückfall in die Epoche, die wir seit der Mitte des letzten Jahrhunderts für überwunden glaubten.

Und wie sollen die nachkommenden Generationen ein würdiges Leben gestalten, wenn wir ihnen die letzten Ressourcen geraubt haben werden?

Ein grundsätzliches Umdenken ist zwingend erforderlich!

Wir sind aber nicht naiv und wissen, dass die Welt nicht nur ein Hort des Friedens ist. Leider gibt es immer wieder meist ethnisch begründete Bürgerkriege, oft als Folge der früheren Kolonialpolitik. Aber auch die Ressourcenausbeutung und die Expansion „westlicher“ Kultur und Lebensstile führen zu erheblichen Auseinandersetzungen. Es bedarf daher eines neuen Sicherheitskonzepts unter dem Dach der UNO, das in der Lage ist, rechtzeitig und konsequent schlichtend einzugreifen und Frieden zu stiften.

Der Klimawandel wird dazu führen, dass immer häufiger Unwetter ganze Landstriche verwüsten und es gibt Naturkatastrophen wie z.B. Erdbeben, deren Folgen von den betroffenen Ländern nicht alleine behoben werden können. Unser solidarisches Selbstverständnis verlangt daher, dass wir in solchen Fällen nicht wegschauen, sondern unseren Beitrag zur Friedensstiftung und zum Wiederaufbau leisten.

Aus diesen Gründen muss ein Hilfs- und Friedenscorps aufgebaut werden, das die Aufgabe erhält, bei Bürgerkriegen Frieden zu stiften und nach Naturkatastrophen Hilfe zu leisten.

Deutschland sollte diese Hilfe anbieten, aber nur dann helfend eingreifen, wenn es von der UNO dazu aufgefordert und (es ist eine Und-Bedingung) von den betroffenen Ländern angefordert wird. Ohne UNO-Mandat und ohne Aufforderung durch die Staaten, denen die Hilfe zugutekommen soll, sollten wir nicht eingreifen.

Mit der Reduzierung der Bundeswehr kann schon bald begonnen werden. Es sind vor allem die Einheiten mit schweren Waffen und Kampfflugzeugen aufzulösen. Nach der Fertigstellung der Planung für das Hilfs- und Friedenscorps werden alle weiteren Einheiten, die nicht mehr benötigt werden, aufgelöst. Wir gehen davon aus, dass das Hilfs- und Friedenscorps eng mit dem Technischen Hilfswerk kooperiert oder vielleicht sogar fusioniert, um so alle Möglichkeiten der bereits vorhandenen Kenntnisse, Erfahrungen und der technischen Ausstattung optimal zu nutzen und Ressourcen zu sparen. Zusätzlich müssen Polizei- und vor allem gut ausgebildete zivile Friedenscorps-Einheiten aufgebaut werden. Weitere Kooperationen wird es mit der GIZ, den Entwicklungsorganisationen und den Friedensnetzwerken geben.

## **Aufruf zur Unterstützung und Mitarbeit**

Wir Menschen befinden uns auf dem Weg zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Das wissen wir zur Genüge. Aber wir Menschen in den Wohlhabenden Ländern haben (noch) nicht den Willen und den Mut, unser Wissen für die erforderliche Transformation unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einzusetzen. Vielleicht auch deshalb, weil uns die Vorstellung fehlt, wie diese Transformation gelingen könnte.

Mit diesem Manifest versuchen wir, einen möglichen Weg aufzuzeigen, der zu einer neuen, solidarischen und zukunftsfähigen Gesellschaft führen könnte. Wir wollen damit Mut machen, dass ganz viele Menschen die „Köpfe zusammenstecken“ und sich in einer mächtigen Bewegung auf den Weg machen – ja, auf die Straßen gehen - und dadurch unsere Politiker/innen zwingen, endlich eine ganz neue, zukunftsfähige Politik zu realisieren.

Die ganz große Mehrheit unserer PolitikerInnen und auch der Medien stehen heute unter dem Einfluss der Banken, der Konzerne und der mächtigsten Kapitalbesitzer. Die

PolitikerInnen werden ihre Politik erst dann ändern, wenn sie die Gefahr „wittern“, dass sie möglicherweise abgewählt werden könnten.

**Dazu bedarf es einer starken Bewegung für ein zukunftsfähiges Deutschland!  
Bitte machen Sie mit!**

Der Autor des Manifestes, Franz Groll, war 26 Jahre Mitarbeiter der IBM, davon 10 Jahre im Management, 7 Jahre Entwicklungsfachkraft auf Haiti, Zusatzstudium Volkswirtschaft, Verfasser u.a. des Buches “Der Weg zur zukunftsfähigen Gesellschaft” (2013), VSA Verlag Hamburg.